

### 3 Niederländische Außenpolitik – Bündnistreue und Supranationalismus

(Henning Boekle und Veit Swoboda)

#### Einleitung: Kontinuität und Wandel in der niederländischen Außenpolitik

Die niederländische Außenpolitik zeichnet sich nach dem Zweiten Weltkrieg insgesamt durch ein hohes Maß an Kontinuität aus. Seit der Aufgabe der Neutralität in der frühen Nachkriegszeit und des Abschieds vom Status einer großen Kolonialmacht<sup>35</sup> hat es zumindest bis in die 90er Jahre lediglich kleinere Veränderungen, aber keine einschneidenden Zäsuren mehr gegeben. Dabei haben die Niederlande in diesem langen Zeitraum innenpolitisch teilweise tiefgreifende Veränderungen durchlaufen. Als deren wichtigste kann die sogenannte „Entsäulung“ seit den 60er Jahren gelten, in denen sich die zuvor stark korporatistisch, insbesondere auch von konfessioneller politischer Affiliation geprägte niederländische Gesellschaft pluralisierte (Lepszy 1999; Lijphart 1975). Auf die außenpolitische Kontinuität hat sich dieser Wandel jedoch – ebenso wie die häufigen Wechsel zwischen verschiedenen Koalitionsregierungen – bestenfalls marginal ausgewirkt.

Versucht man die verschiedenen Bereiche der Außenpolitik zu gewichten, fällt auf, dass die Niederlande stets um eine Balance der atlantisch orientierten Sicherheitspolitik und der zunächst wirtschaftlich ausgerichteten Europapolitik bemüht waren. Erst nach dem Ende des Kalten Krieges nahm auch in der niederländischen Europapolitik das Gewicht der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu. Trotz ihres hohen Stellenwertes bleiben die UNO-, die Entwicklungs- und die Menschenrechtspolitik der Niederlande der Sicherheits- wie auch der Europapolitik nachgeordnet.

Dieser Gewichtung trägt auch die vorliegende Analyse Rechnung, indem sie der Europa- und der Sicherheitspolitik zwei eigene, ausführliche Kapitel widmet und weitere Politikfelder im nun folgenden Abschnitt zusammenfasst.

<sup>35</sup> 1949 wurde Indonesien, das vormalige Niederländisch-Indien, nach langen und blutigen Kämpfen in die Unabhängigkeit entlassen, 1962/66 verloren die Niederlande mit West-Irian, das von Indonesien besetzt wurde, den Rest ihres vormalig erheblichen Kolonialbesitzes in Südasiens. Mit der Unabhängigkeit Surinams (vormals Niederländisch-Guyana) endete 1975 die Epoche des niederländischen Kolonialismus bis auf wenige Kleinstterritorien, denen überwiegend weitgehende Autonomierechte eingeräumt wurden (Niederländische Antillen, Aruba).

### Wichtige Politikfelder neben der Europa- und Sicherheitspolitik

Die beträchtliche Bereitschaft der Niederlande, über rhetorische auch erhebliche materielle Mittel einzusetzen, wird außer durch das starke sicherheitspolitische Engagement auch durch die niederländische Politik in zwei weiteren, für die Niederlande wichtigen Politikfeldern herausgestellt: die **Entwicklungspolitik** und die Menschenrechtspolitik. In der Entwicklungspolitik sind die Niederlande eines der ganz wenigen entwickelten Länder, dessen Entwicklungshilfeanteil am Bruttosozialprodukt den von der UN-Generalversammlung seit den 70er Jahren wiederholt geforderten Anteil von 0,7 Prozent nicht nur erreicht, sondern regelmäßig überschreitet. Hatte er bis weit in die 80er Jahre sogar über einem Prozent gelegen, so ist er seither leicht gefallen, doch bleiben die Niederlande (zusammen mit Kanada und den skandinavischen Staaten) anteilmäßig einer der größten Entwicklungshilfegeber der Welt. Die niederländische Entwicklungspolitik ist weiterhin von einem geringen Anteil gebundener Entwicklungshilfe (durchschnittlich etwa 15 Prozent mit seit den 80er Jahren sinkender Tendenz) und einem überdurchschnittlich hohen Anteil multilateraler Entwicklungshilfe (rund ein Drittel) gekennzeichnet, die insbesondere über die entwicklungspolitischen UN-Institutionen kanalisiert wird.<sup>36</sup> Schwerpunktmäßig steht in der niederländischen Entwicklungspolitik die Armutsbekämpfung im Vordergrund, wobei die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit sich lange auf die ehemaligen niederländischen Kolonien (v. a. Indonesien) konzentrierte (Breuning 1995).

Eng mit der Entwicklungshilfepolitik verbunden ist die niederländische **Menschenrechtspolitik**. Dies zeigt sich in zwei Elementen, die sich deutlich von derjenigen anderer westlicher und europäischer Länder unterscheidet. Zum ersten ist dies die niederländische Sympathie für die Forderungen der Dritten Welt nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung der 70er und 80er Jahre, die auf die Verbesserung wirtschaftlich-sozialer Rechte in der Welt gerichtet war. Diese Sympathie zeigte sich v. a. in den UN, wo die Niederlande diese (allerdings rein rhetorischen) Forderungen unterstützten und auch das „Recht auf Entwicklung“ frühzeitig als unveräußerliches Menschenrecht anerkannten, während andere westliche Länder – wie die USA, Großbritannien und Deutschland – dies lange ablehnten. Zum zweiten – und weit weniger auf reine Rhetorik beschränkt – wird diese Verknüpfung in der starken niederländischen Bereitschaft deutlich, die Entwicklungshilfevergabe menschenrechtspolitisch zu konditionalisieren. So wurde Ende der 80er Jahre die niederländische Hilfe für die ehemalige Kolonie Surinam wegen der sich damals häufenden willkürlichen und außergerichtlichen Hinrichtungen von Oppositionellen gestrichen. Nach dem Massaker von Dili auf Ost-Timor 1991 wurde ein ähnlicher Versuch gegenüber Indonesien unternommen – der allerdings dadurch scheiterte, dass Indonesien sich jegliche „Einmischung“

<sup>36</sup> Zahlen nach Breuning 1995: 245.

verbot und von sich aus gänzlich auf weitere niederländische Entwicklungshilfe verzichtete (Baehr 1996: 161f.).

Doch auch außerhalb der menschenrechtspolitischen Konditionalisierung der Entwicklungshilfe zeigt die niederländische Menschenrechtspolitik eine hohe Bereitschaft, derselben durch materielle Maßnahmen Nachdruck zu verleihen. So gehörten die Niederlande schon seit den 70er Jahren zu den Ländern, die entschiedene Sanktionen gegen Südafrika wegen dessen Politik der Apartheid forderten, diese auch unilateral teilweise selbst praktizierten, sich aber innerhalb der EG mit der Forderung nach gemeinschaftlichen Sanktionen gegen den Widerstand der „großen“ europäischen Partner (wiederum v.a. Großbritannien und Deutschland) nicht durchsetzen konnten (Tonra 2001: 201-208). Auch in den Menschenrechtsgremien der UN verfolgten die Niederlande eine sehr aktive apartheidkritische Politik (Boekle 1995: 381f). Nach dem Tiananmen-Massaker von 1989 machten die Niederlande sich auch für Sanktionen gegen China stark. Die im Rahmen der EPZ verabschiedete Gemeinsame Erklärung der EG-Staaten von Madrid enthielt einen umfassenden Maßnahmenkatalog, der von der Thematisierung chinesischer Menschenrechtsverletzungen in UN-Foren über die Einfrierung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit bis hin zu einem Waffenembargo und einem IWF-Kreditstopp für China reichte und maßgeblich auf niederländische Initiative zurückging (Gillies 1996: 148). Teilweise gegen niederländischen Widerstand wurden all diese Maßnahmen jedoch relativ zügig wieder aufgehoben. Auf der rhetorischen Ebene hielten die Niederlande aber länger als andere EU-Staaten an einer scharfen Haltung gegenüber China fest und fügten sich nach dem ‚Eklat von 1997‘ nur widerwillig der „neuen“ EU-Linie chinapolitischer Akquieszenz in Menschenrechtsfragen. Besagter Eklat von 1997 entstand, als die gemeinsame chinapolitische Linie der EU in der UN-Menschenrechtspolitik scheiterte und die Niederlande zusammen mit Dänemark und den USA an einer chinakritischen Resolution festhielten, die von der Mehrheit der anderen EU-Staaten aber nicht unterstützt wurde.

Ausgenommen von niederländischer Kritik an Menschenrechtsverletzungen blieb traditionell Israel, das – außerhalb der Europa- und Sicherheitspolitik – als einer der wichtigsten bilateralen Beziehungspartner der Niederlande gelten muss (Peeters 1997). Die Israel freundliche Haltung der Niederlande im Nahost-Konflikt führte 1973 auch dazu, dass die Niederlande als einziges westliches Land neben den USA und Portugal Opfer eines Totalboykotts der ölexportierenden arabischen Staaten wurde. Schon seit dem Herbst desselben Jahres jedoch veränderten die Niederlande ihre nahostpolitische Position leicht zugunsten der arabischen Konfliktakteure im Rahmen der EPZ. Der Ölboykott gegen die Niederlande wurde dann auch zügig wieder aufgehoben bzw. gemildert (Tonra 2001: 177-182). Seit der Deklaration von Venedig 1980 haben die Niederlande die gemeinsame EG-Politik gegenüber dem Nahen Osten generell mitgetragen, auch wenn sie in den UN noch bis zum Inkrafttreten der GASP weit weniger häufig Verurteilungen israelischer Menschenrechts-

verletzungen zustimmten als andere EG-Mitgliedstaaten (Boekle 1995: 382-384) und gelegentlich auch gegen gemeinsame Stellungnahmen im Rahmen der EPZ opponierten (Tonra 2001: 187).

Da die Niederlande eine exportorientierte Nation sind, ist die **Außenwirtschaftspolitik** für sie ein außerordentlich wichtiges Politikfeld. Die niederländische Exportorientierung spielt auch in der niederländischen Europapolitik eine große Rolle; der Intra-EU-Handel macht bei Importen und Exporten über die Hälfte des gesamten niederländischen Außenhandels aus, wobei Deutschland, Belgien und Großbritannien die wichtigsten Partnerländer sind.<sup>37</sup> So wurden im Jahre 1999 Güter im Wert von 205,1 Mrd. Euro exportiert und im Wert von 193,4 Mrd. Euro importiert.<sup>38</sup> Die meisten Exporte aus den Niederlanden gehen nach Deutschland (28 Prozent), Belgien/Luxemburg (13 Prozent), Frankreich (11 Prozent) und Großbritannien (10 Prozent); wichtigste Einfuhrländer sind Deutschland (22 Prozent), Belgien/Luxemburg (11 Prozent), Großbritannien (10 Prozent), USA (8 Prozent) und Frankreich (7 Prozent) (Woyke 1999: 88).

Im Agrarbereich sind die Niederlande – trotz ihrer vergleichsweise kleinen Fläche – der zweitgrößte Exporteur in absoluten Zahlen und liegen damit im Verhältnis zu Fläche und Bevölkerung mit weitem Abstand an der Spitze (Riemersma 1989b: 17). Nicht unerheblich sind auch die Exporte niederländischer Technologieprodukte, und auch in der Verarbeitung von Rohstoffen nehmen die Niederlande wirtschaftlich einen bedeutenden Platz ein. Allerdings sind sie – von geringen niederländischen Gas- und Ölvorkommen abgesehen – in Bezug auf Rohstoffe nahezu vollkommen importabhängig. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 364,7 Mrd. US-Dollar 2000 belegen die Niederlande Platz 12 unter den OECD-Mitgliedstaaten und Platz fünf in der EU.<sup>39</sup> Das Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) lag im Jahr 1999 bei 369.530 Mio. Euro und war somit das fünftgrößte in der EU nach Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien.<sup>40</sup> Unter den Anteilseignern des IWF liegen die Niederlande mit 2,5 Prozent auf dem elften Rang (Riemersma 1989b: 18).

### Europapolitik

Die Niederlande gehören zu den Gründungsmitgliedern der Europäischen Gemeinschaften. Auch an EG/EU-internen weitergehenden Integrationsprojekten haben sich die Niederlande stets beteiligt. Von Beginn an gehören sie sowohl zu

37 Quelle: <http://www.cbs.nl/en/figures/keyfigures/hih0534z.htm>.

38 Quelle: [http://www.eu-datashop.de/download/DE/indika/thema1/basis\\_01.pdf](http://www.eu-datashop.de/download/DE/indika/thema1/basis_01.pdf) / bzw. Eurostat-Jahrbuch 2001, S. 29.

39 Quelle: OECD Statistics, Gross Domestic Product (1), <http://www.oecd.org/std/gdp.htm>.

40 Quelle: [http://www.eu-datashop.de/download/DE/indika/thema1/basis\\_01.pdf](http://www.eu-datashop.de/download/DE/indika/thema1/basis_01.pdf) / bzw. Eurostat-Jahrbuch 2001, S. 23.

den Vertragsstaaten des Schengen-Abkommens als auch zu den Mitgliedern der Wirtschafts- und Währungsunion. Als konstante Maximen niederländischer Europapolitik lassen sich – zumindest seit den frühen fünfziger Jahren – die vergleichsweise starke Befürwortung supranationaler Verfasstheit, die Offenheit der EG bzw. EU für neue Mitglieder und die Fokussierung auf die Wirtschaftspolitik herausstellen. Gegenüber einer politischen oder gar militärischen Integration herrschten dagegen lange Zeit erhebliche Vorbehalte (Voorhoeve 1979: 153ff; van Staden 1985: 31ff), die erst nach dem Ende des Kalten Krieges aufgegeben wurden. In den 90er Jahren gehörten die Niederlande zu den Befürwortern einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Gleichzeitig nahm jedoch ein gewisser Skeptizismus gegenüber der weiteren wirtschaftlichen und politischen EU-Integration zu, nachdem die niederländische Europapolitik schon seit Mitte der 80er Jahre unter dem Eindruck von Wirtschafts- und Finanzproblemen zunehmend ihren traditionellen Integrationsidealismus verloren hatte (Soetendorp und Hanf 1998).

Bereits unmittelbar nach Kriegsende befürworteten die Niederlande eine umfassende und sektorenübergreifende wirtschaftliche Integration, wobei zunächst eine weltweite Freihandelsordnung im Rahmen des GATT angestrebt und auch nach der Hinwendung zu regionaler Integration eine Abschottung des europäischen Marktes stets abgelehnt wurde. Den Anfang der niederländischen Integrationsbemühungen im regionalen Maßstab machte noch während des Zweiten Weltkrieges und des Londoner Exils der niederländischen Regierung die Benelux-Wirtschafts- und Zollunion, die allerdings erst 1948 in Kraft treten konnte. Außenminister Beyen lancierte 1953 und dann wieder (nach dem Scheitern der EVG- und EPG-Pläne) 1955 umfassende Pläne für die Errichtung einer Union der EGKS-Staaten. Bemerkenswert ist, dass die niederländische Europapolitik seitdem eine klare Präferenz für supranationale Strukturen aufwies (Harryvan, et al. 1996: 109).<sup>41</sup> Trotz eines geteilten Echos seitens der anderen EGKS-Staaten flossen zentrale Bestandteile des Beyenplanes – auf dem Umweg über den Bericht der Spaak-Kommission und einen von Spaak vermittelten Kompromiss zwischen Beyen und Jean Monnet – in die Römischen Verträge ein, mit der es 1957 zur Gründung von EWG und EAG kam.<sup>42</sup> In den Verhandlungen über die Römischen Verträge propagierten die Niederlande weitreichende Kompetenzen für die Kommission, während sie die Kompetenzen des Rates zu begrenzen suchten. Da diese Haltung allerdings auf unüberwindbare

41 Damit ging er wesentlich über den Plan von Beyens (und Luns') Vorgänger im Außenministerium, Stikker, hinaus, der 1949 die Errichtung einer umfassenden Zollunion innerhalb der OEEC vorgeschlagen hatte (Voorhoeve 1979: 160). Andere Autoren weisen allerdings darauf hin, dass die Niederlande bis 1952 eine intergouvernementale Begrenzung der Kompetenzen der Hohen Behörde der EGKS verfolgten und sich erst dann dem Supranationalismus verschrieben (Harryvan, et al.: 1996).

42 Zum Beyen-Plan, dessen sektorenübergreifendes Integrationsmodell in seiner ursprünglichen Fassung über die EGKS hinausging und auch z.B. Großbritannien und die Schweiz einschließen sollte, und seinen Auswirkungen auf die weitere Entwicklung bis zu den Römischen Verträgen s. insbes. Reef 1995: 41-65 sowie Woyke 1985: 198-200.

Widerstände stieß, versuchte Den Haag, wenigstens im Rat das Prinzip des gleichen Stimmrechts durchzusetzen, akzeptierte aber dann den von Spaak vorgelegten Kompromiss eines gestaffelten Stimmengewichts bei qualifizierter Mehrheit, was den Kleinstaaten eine gewisse Verhinderungsmacht verschaffte (Woyke 1985: 210).

In den 60er Jahren waren die Niederlande der wohl schärfste Gegner der französischen Initiativen für eine intergouvernemental verfasste Europäische Politische Union (Fouchet-Pläne). Zum einen machten die Niederlande dabei geltend, dass an einer supranationalen Verfasstheit der Europäischen Gemeinschaften festzuhalten sei, da sie befürchteten, im Falle einer Verschiebung hin zu intergouvernementalen Strukturen mehr oder minder unter die Herrschaft eines deutsch-französischen Direktoriums zu geraten. Zum anderen befürchtete Den Haag, dass eine stärkere Institutionalisierung außen- und sicherheitspolitischer Zusammenarbeit in Westeuropa den Zusammenhalt der transatlantischen Allianz beschädigen könnte, die für die niederländische Sicherheitspolitik als zentral angesehen wurde. Allerdings setzte sich die niederländische Politik im Zusammenhang mit den Fouchet-Plänen der Kritik einer Widersprüchlichkeit aus, die in der Unterstützung supranationaler Verfasstheit einerseits und der Forderung nach Einbeziehung des eher supranationalismusfeindlichen Großbritanniens andererseits bestand (Reef 1995: 70-85; Riemersma 1989: 75-188). Dennoch konnte sich die niederländische Politik in diesem Kontext letztlich durchsetzen: Es gelang, die Umsetzung der Fouchet-Pläne zu verhindern und Großbritannien im Zuge der EG-Norderweiterung 1973 in die Gemeinschaft aufzunehmen. Der niederländische Außenminister Luns (der dieses Amt von 1952 bis 1971 innehatte, 1952-56 mit Beyen zusammen) war 1966 auch maßgeblich an der Aushandlung des Luxemburger Kompromisses beteiligt, mit dem die französische „Politik des leeren Stuhls“ beendet wurde (Voorhoeve 1979: 243f.; Woyke 1985: 169).

In den 70er und 80er Jahren verfolgten die Niederlande eine insgesamt wenig profilierte Europapolitik, unterstützten aber die meisten Integrationsinitiativen ebenso wie die EG-Süderweiterungen – wenn auch ohne allzu großen Enthusiasmus. Eine Konstante niederländischer Europapolitik bildete dabei aber die bedingungslose Unterstützung einer Stärkung des Europäischen Parlaments und insbesondere die Forderung nach dessen direkter Wahl (Voorhoeve 1979: 110). Im Zuge der Kopplung des niederländischen Guldens an die Deutsche Mark vertraten die Niederlande auch in der Währungspolitik schon früh eine integrationsfreundliche Haltung und unterstützten den Werner-Plan und weitere Initiativen für eine Wirtschafts- und Währungsunion gleichwie – wenn auch mit dem Vorbehalt der Wahrung „vitaler“ niederländischer Wirtschaftsinteressen die Errichtung des Europäischen Binnenmarktes durch die Einheitliche Europäische Akte (van Staden 1989: 32). Dagegen blieb es wie schon in den 50er und 60er Jahren bei der niederländischen Skepsis gegen eine stärkere europäische Zusammenarbeit in der Außenpolitik und insbesondere in

Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Pijpers 1983). Im Zuge der Einrichtung der EPZ verfolgte Den Haag drei Hauptziele: eine möglichst enge Anbindung der EPZ an die EG, insbesondere an die Kommission und das Parlament, die Beteiligung potenzieller Beitrittskandidaten sowie die Vermeidung einer verteidigungspolitischen Europäisierung (Voorhoeve 1979: 178ff.). Zwar nahm der niederländische Widerstand gegen eine Verteidigungsdimension der europäischen Integration in den 80er Jahren allmählich ab, doch bestand Den Haag auf eine möglichst enge atlantische Einbindung und favorisierte die WEU gegenüber der EPZ als institutionellen Rahmen (Pijpers 1996: 251).

Eine wichtige Zäsur der niederländischen Europapolitik stellte die **Ratspräsidentschaft** der Niederlande in der zweiten Jahreshälfte 1991 dar (Woyke 1992/93: 292-296; Garshagen 1991; Wester 1992). Diese war gleichermaßen von äußeren (Bürgerkrieg in Jugoslawien, Desintegration der Sowjetunion, Beitrittsstreben der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer, Uruguay-Runde im GATT) wie inneren Herausforderungen für die EG gekennzeichnet (Vollendung des Binnenmarktes, Wirtschafts- und Währungsunion, Maastricht). In der Jugoslawienpolitik konnte sich die niederländische Ratspräsidentschaft mit ihrer Präferenz für die Erhaltung des Bundesstaates nicht durchsetzen und fühlte sich insbesondere durch den damaligen deutschen Außenminister Genscher düpiert (Pijpers 1996: 255).

Am 24. September 1991 unterbreitete Den Haag einen Vertragsentwurf für die Europäische Politische Union, der sich durch seine Ein-Säulen-Struktur auszeichnete und somit die Mitentscheidungskompetenzen von Kommission und Europäischem Parlament in Fragen der Außen- sowie der Innen- und Rechtspolitik wesentlich auszuweiten suchte. Gegenüber dem schon zuvor unterbreiteten Drei-Säulen-Vorschlag Luxemburgs konnte sich der niederländische Vertragsentwurf jedoch nicht durchsetzen. Er wurde nur von Belgien (und von der EG-Kommission) unterstützt und dementsprechend am 30. September 1991 von den Außenministern mit klarer Mehrheit abgelehnt.<sup>43</sup> Der in Maastricht schließlich unterzeichnete Vertrag, der von der niederländischen Ratspräsidentschaft als Kompromissvorlage ausgearbeitet worden war, entspricht dem niederländischen Entwurf zwar weitgehend in Fragen der WWU, seine Bestimmungen zur EPU und zur Innen- und Rechtspolitik sind jedoch nach dem luxemburgischen Modell gestaltet.<sup>44</sup> Die Anerkennung des niederländischen Beitrages zum Zustandekommen der WWU manifestierte sich später nicht zuletzt in der Wahl des Niederländers Wim Duisenberg zum Vorsitzenden der neu geschaffenen Europäischen Zentralbank.<sup>45</sup> Zudem spielte sie eine wesent-

Harryvan et al. bezeichnen dieses Ereignis als „Schwarzen Montag“ (Harryvan; Harst und Wiberg 5).

Zur niederländischen Ratspräsidentschaft und dem EU-Vertragsentwurf s. insbes. Woyke 1/92.

Im Vorfeld der EZB-Errichtung hatten die Niederlande auf eine Ansiedlung des Instituts in Amsterdam gedrängt und waren deshalb in Konflikt mit Deutschland geraten (Woyke 1993/94).

liche Rolle für die Fassung der EWWU-Konvergenzkriterien, an denen sie in den folgenden Krisen (EWS 1992 u. 93) bedingungslos festhielt. Das niederländische Parlament ratifizierte den Maastricht-Vertrag im November 1992.

Auch nach Maastricht hielten die Niederlande grundsätzlich an einer integrationsfreundlichen Europapolitik fest, auch wenn in der Bevölkerung und auch in Teilen der politischen Eliten der Euroskeptizismus zunahm (Soetendorp und Hanf 1998; Pijpers 1996/97: 339f.). In einem im Vorlauf der **Amsterdamer** Regierungskonferenz lancierten Regierungsmemorandum wurde eine stärkere Ausrichtung der gesamten niederländischen Außenpolitik auf Europa sowie eine Hinwendung zu europapolitischem Pragmatismus angekündigt. Während die Niederlande, die zu diesem Zeitpunkt die Ratspräsidentschaft innehatten und somit die Regierungskonferenz ausrichteten, den deutschen Vorschlag der Mehrheitsentscheidungen im Rahmen der GASP wie auch das Konzept einer variablen Geometrie der europäischen Integration unterstützten, machten sie keine Kompromisse in Bezug auf die Zusammensetzung der Kommission; an einem Anspruch auf einen Kommissar hielt man fest. In der Frage von Mehrheitsentscheidungen wurde zudem ein System der doppelten Mehrheit bevorzugt, in dem auch die Bevölkerungszahl berücksichtigt werden sollte. Das Gemeinsame Memorandum der Benelux-Staaten für die Regierungskonferenz enthielt diese Forderung allerdings nur teilweise, befürwortete aber darüber hinaus die Integration der WEU in die EU und die Aufnahme einer gemeinsamen Verteidigung in den EU-Vertrag. In **Nizza**, wo die Benelux-Länder wiederum mit einem Gemeinsamen Memorandum auftraten, blieb die niederländische Position im Wesentlichen unverändert: Befürwortung der Ausweitung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl, Ausbau der Mitentscheidungskompetenz des Europäischen Parlaments, variable Integrationsgeometrie, Festhalten am „eigenen“ Kommissar. Die gemeinsame Benelux-Strategie litt allerdings erheblich unter der niederländischen Forderung, im Rat gegenüber dem bevölkerungsmäßig schwächeren Belgien eine Stimme mehr zu bekommen. Nicht zuletzt aufgrund der Querelen um die Gewichtung der Stimmen der „großen“ EU-Länder setzte sich die niederländische Forderung letzten Endes durch, ebenso wie jene nach der Berücksichtigung der Bevölkerungszahl bei Ratsentscheidungen (Soetendorp 2000).

Die niederländische Europapolitik kann insgesamt kontinuierlich als vertiefungsfreundlich gelten, wobei die zunehmende Hinwendung zum Einschluss sicherheits- und verteidigungspolitischer Aspekte in den 90er Jahren ebenso augenfällig ist wie der abnehmende Integrationsidealismus. In der Frage der EU-Erweiterung unterstützten die Niederlande nachhaltig die Aufnahme Österreichs, Schwedens und Finnlands 1995, während sie der geplanten Osterweiterung eher skeptisch gegenüberstehen (Harryvan, et al. 1996: 116). Derartige euroskeptische Tendenzen nahmen seit 1993, als die Niederlande erstmals von einen

Nettoempfänger zu einem Nettozahler in der EU geworden waren, weiter zu (Harryvan, et al. 1996: 116).

Die **Implementation** von EU-Verordnungen und -Richtlinien durch die Niederlande gilt insgesamt als sehr gut; in den 90er Jahren lag sie durchschnittlich bei 94 Prozent mit zunehmender Tendenz (Peters 2001). Erst 1996 kam es zu Irritationen um die EU-Verträglichkeit der niederländischen Politik im Zusammenhang mit der sogenannten Securitel-Affäre. Der EuGH hatte festgestellt, dass ministerielle Verordnungen, die in einzelnen Mitgliedstaaten ohne Information der Kommission erlassen worden waren, gegen die Notifikations-Richtlinie von 1984 verstießen, mithin nicht anwendbar seien. Im Juni 1997 gab der niederländische Wirtschaftsminister Wijers bekannt, dass niederländische Ministerien in insgesamt 368 Fällen gegen die Notifikations-Richtlinie verstoßen hatten, doch wurden in der Folge erhebliche gesetzgeberische Reformen eingeleitet, um die Wiederholung solcher Fälle zu verhindern.<sup>46</sup> In allerjüngster Zeit wurden seitens der Europäischen Kommission Vorwürfe erhoben, die Niederlande hätten Subventionen aus dem Europäischen Sozialfonds in Widerspruch zu geltendem EU-Recht verteilt.<sup>47</sup>

Betrachtet man die wichtigsten **bilateralen Beziehungen**, die die Niederlande im Rahmen ihrer Europapolitik pflegen, fällt zunächst die Tendenz zu gemeinsamen Initiativen mit den Benelux-Partnern Belgien und Luxemburg auf (Coolsaet und Soetendorp 2000: 139f.). In institutionellen und politischen Fragen ist diese Partnerschaft von besonderer Bedeutung für die Niederlande. Waren die Benelux-Partner in der unmittelbaren Nachkriegszeit – wie durch die Benelux-Zoll- und Wirtschaftsunion indiziert wird – auch die wichtigsten außenwirtschaftlichen Partner der Niederlande, wurden sie hier im Zuge des Abbaus von Handelsbeschränkungen durch die alliierten Besatzungsmächte und des bundesdeutschen „Wirtschaftswunders“ schnell von der Bundesrepublik abgelöst. Bis heute ist die Bundesrepublik der bei weitem wichtigste Abnehmer niederländischer Exporte, insbesondere solcher von Agrarprodukten. Auch bei den Importen in die Niederlande nimmt die Bundesrepublik den Spitzenplatz ein. In der Währungspolitik orientieren sich die Niederlande traditionell an Deutschland, was sich nicht nur in der schon lange praktizierten Bindung des Gulden an die Deutsche Mark manifestierte, sondern auch in der niederländischen Unterstützung für die stabilitätsorientierte europäische Währungspolitik der Bundesrepublik (Harryvan; Harst und Wiberg 1996).<sup>48</sup> In Bezug auf ordnungs- und institutionenpolitische Themen herrschte dagegen bis weit in die 90er Jahre eine gewisse Distanz in den niederländisch-deutschen Beziehungen. Insbesondere im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden

<sup>46</sup> Zur Securitel-Affäre in den Niederlanden s. Pijpers und Rood 1997/98.

<sup>47</sup> Süddeutsche Zeitung, 4./5. August 2001, S. 8.

<sup>48</sup> Bei der Regierungskonferenz in Amsterdam hatten die Niederlande und Deutschland gemeinsam die französische Initiative für eine Aufweichung der WWU-Kriterien abgewehrt (Pijpers 1996/97).

deutschen Staaten 1989/90 kam es zeitweilig zu Irritationen.<sup>49</sup> Bei den großen Regierungskonferenzen der vergangenen Jahre rückten dagegen die niederländische und die deutsche Position enger zusammen. Dagegen ist es bei der erheblichen Distanz zu Frankreich geblieben, wie u.a. durch die Konflikte zwischen Paris und Den Haag im Zusammenhang mit der Umsetzung des Schengen-Abkommens und der permissiven niederländischen Drogenpolitik deutlich wird. Doch weist die niederländische Politik heute sicher nicht mehr die deutliche antifranzösische Tendenz früherer Jahrzehnte auf. Die traditionell engen Beziehungen mit Großbritannien, die sich im beständigen Werben Den Haags für dessen Aufnahme in die EG manifestierte, ist im Bereich der Europapolitik aufgrund der diametralen institutionenpolitischen Präferenzen stark abgekühlt. Überschneidungen gab und gibt es jedoch immer noch hinsichtlich der Errichtung einer europäischen Verteidigungspolitik und insbesondere deren Stellung gegenüber bzw. innerhalb der transatlantischen Partnerschaft.

### Sicherheitspolitik

Hatte sich die niederländische Sicherheitspolitik bis zum Zweiten Weltkrieg vor allem auf die Sicherung des Kolonialbesitzes bei gleichzeitiger Neutralitätspolitik in Europa bezogen, so führten das Trauma der deutschen Besetzung und jenes des beinahe vollständigen Kolonienverlustes in der frühen Nachkriegszeit – nach einem von niederländischer Seite brutal geführten, aber letztlich aufgegebenen Rückeroberungskrieg in Indonesien – zu einer entschiedenen Wendung zur atlantischen Allianz (Wels 1982). Die Niederlande hatten 1948 zu den Gründungsmitgliedern des Brüsseler Paktes gehört, der dann in die WEU überführt wurde. Auch der NATO gehörten die Niederlande seit ihrer Gründung 1949 an und richteten ihre Sicherheitspolitik v. a. an den USA und Großbritannien als ihren zentralen Partnern aus, während gegenüber den kontinentalen Mächten – insbesondere Deutschland, aber auch Frankreich – gewisse Vorbehalte fortlebten.

Die Niederlande besitzen für einen „Kleinstaat“ erhebliche **militärische Ressourcen** (Riemersma 1989b: 20). Hier nahmen sie Ende der 90er Jahre unter den europäischen NATO-Staaten den fünften, unter allen Staaten der Welt den

<sup>49</sup> Diese Irritationen waren nicht zuletzt Folge der Forderung des damaligen Premierministers Lubbers, das wiedervereinigte Deutschland müsse gänzlich der NATO angehören, Deutschland habe die Oder-Neiße-Grenze zu respektieren, und die Niederlande sollten gleichberechtigt mit den anderen Nachbarstaaten Deutschlands an den internationalen Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung teilnehmen. Im Zusammenhang mit der Währungsunion der beiden deutschen Staaten zum 1. Juli 1990 hatte Den Haag zeitweilig auch die Abkopplung des Gulden von der D-Mark erwogen (Wester 1992).

27. Platz ein.<sup>50</sup> Bezüglich ihres bündnispolitischen Engagements wird den Niederlanden generell bescheinigt, alles andere als Trittbrettfahrerverhalten zu praktizieren. Auffällig ist auch die hohe Integrationsbereitschaft der niederländischen Sicherheitspolitik, die z. B. durch die Teilnahme an multilateralen Verbänden wie dem Deutsch-Niederländischen Korps symbolisiert wird. Zweifel an der niederländischen Bündnistreue gab es lediglich im Zusammenhang mit zwei historischen Ereignissen während des Kalten Krieges. Das erste betraf die US-amerikanische Politik im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg, der – ganz im Gegensatz zum Koreakrieg von 1950, an dem sich die Niederlande noch militärisch beteiligt hatten<sup>51</sup> – vom niederländischen Parlament, aber auch von Mitgliedern der Regierung mehrfach scharf verurteilt wurde. Das zweite war von erheblich größerer Bedeutung für die europäische Sicherheitsstrategie der NATO: Die Niederlande, die schon in den 50er Jahren freiwillig ihre Zustimmung zur Stationierung amerikanischer Nuklearwaffen (allerdings auf Trägersystemen, über die nominell die Niederlande selbst die Verfügungshoheit hatten) gegeben hatten (Voorhoeve 1979: 112), unterstützten den NATO-Doppelbeschluss von 1978 zwar politisch, verweigerten aber die Stationierung von Pershing II-Raketen und Cruise Missiles auf niederländischem Territorium. Diese Verweigerung wurde bis ins Jahr 1986 aufrecht erhalten, als die Stationierung aufgrund der Kehrtwende der sowjetischen Sicherheitspolitik und der nachhaltigen Verbesserung der Ost-West-Beziehungen obsolet geworden war (Soetendorp 1989: 158f.).

Während der atlantische Pfeiler bis zum Ende des Kalten Krieges absolut zentral für die niederländische Sicherheitspolitik war, wurden die – insbesondere französischen – Bestrebungen um eine europäische Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur zunächst als Konkurrent oder gar als Bedrohung für die atlantische Sicherheitsgemeinschaft gesehen. Schon den Plänen für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft der frühen 50er Jahre war Den Haag mit großer Skepsis begegnet, hatte den Vertrag aber – nachdem die USA für das EVG-Projekt ihre volle Unterstützung signalisiert hatten – als erster Staat ratifiziert (Harryvan, et al. 1996: 105). Der EVG-Vertrag scheiterte aber schließlich an der französischen Nationalversammlung, und in der Folgezeit wandten sich die Niederlande – wie oben gezeigt wurde – entschieden gegen alle weiteren Versuche der Etablierung einer europäischen Verteidigungsdimension. Dies änderte sich in erheblichem Maße erst in den 90er Jahren, wobei die Entwicklung einer europäischen Verteidigungspolitik allerdings innerhalb und nicht auf Kosten der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft betrieben werden

50 Dieser Index setzt sich v.a. aus dem BIP-Anteil der Verteidigungsausgaben sowie dem personellen Umfang der Streitkräfte zusammen. So weisen die Niederlande z.B. 1998 mit einem Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP von ca. 1,8 % einen höheren Wert auf als die Bundesrepublik und einen nur unwesentlich geringeren als Italien (Quelle: U.S. Department of Defense, DefenseLink, [http://www.defenselink.mil/pubs/allied\\_contrib99/chartIII-4.html](http://www.defenselink.mil/pubs/allied_contrib99/chartIII-4.html), 7.3.2001).

51 Honig 1994 bemerkt allerdings, das niederländische Bataillon habe aus „*marginal elements from society, such as veterans from the former Netherlands-Indies Army and the German SS*“ bestanden (Honig 1994: 143 - Fn 2).

sollte. So enthielt der bereits erwähnte niederländische Vertragsentwurf für die Regierungskonferenz von Maastricht 1991 trotz seiner Forderung nach der Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine klare Vorbehaltsklausel, die die NATO für nach wie vor primär zuständig für Fragen der internationalen Sicherheit einschließlich der europäischen erklärte. Allerdings befürworteten die Niederlande nach anfänglichen Bedenken insbesondere die Integration der WEU in das EU-Institutionsgefüge als institutionelle Basis für die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität bzw. –politik (Homann 2000 185).<sup>52</sup> In den 90er Jahren gehörten die Niederlande auch zu den entschiedenen Fürsprechern der NATO-Osterweiterung (Harryvan, et al. 1996: 107). 1996 wurde im Rahmen einer Militärreform, die die schnelle und internationale Einsatzfähigkeit der Streitkräfte sicherstellen sollte, auch die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft und die Armee in eine reine Freiwilligenarmee umgewandelt (Everts 1997: 173).

Einen hohen Stellenwert für die Wahrung und Sicherung des Weltfriedens räumen die Niederlande traditionell auch den Vereinten Nationen ein, zu deren Gründungsmitgliedern sie gleichfalls gehören. Insbesondere haben die Niederlande sich frühzeitig an militärischen Maßnahmen unter dem Mandat des UN-Sicherheitsrates beteiligt, angefangen vom schon erwähnten Koreakrieg 1950 über die Kongo-Intervention 1960 bis hin zum Nahen Osten (Libanon 1979). Doch waren diese Beteiligungen zahlen- und ressourcenmäßig stets moderat. Ein deutlich stärkeres Engagement bei **militärischen Einsätzen** – innerhalb wie außerhalb von UN-Mandaten – zeigten die Niederlande dann nach dem Ende des Kalten Krieges: Sie beteiligten sich im Krieg gegen den Irak um die Befreiung Kuwaits im Januar/Februar 1991 mit zwei Fregatten und einem Versorgungsschiff an Operationen im Golf, wobei – trotz fehlender Autorisierung für die Durchführung von Angriffen – eine Fregatte in Kampfhandlungen verstrickt wurde. Das Angebot Den Haags, eine Staffel F-16-Kampflugzeuge nach Saudi-Arabien zu verlegen, wurde abgelehnt, doch kam es im Zuge der NATO-Entscheidung für die Stärkung ihrer Präsenz in der Türkei, den irakischen Scud-Angriffen auf Israel und im Kontext der Einrichtung kurdischer Schutzzonen in Nordsirak zur Verlegung weiterer Truppen und Materials in die Region. Die Niederlande waren damit neben den USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich und Italien das einzige NATO-Land, das aktiv am Golfkrieg teilnahm (Honig 1994: 143f.).

Den Höhepunkt des „neuen“ Interventionismus in der niederländischen Außenpolitik stellten aber die Balkan-Kriege der 90er Jahre dar. Bereits im September 1991 hatte Den Haag ein massives militärisches Eingreifen der EG (!) im ehemaligen Jugoslawien angeregt, waren damit aber insbesondere an britischen Widerstand gescheitert. An der UNPROFOR-Mission nahmen bereit im Herbst 1993 2.000 niederländische Soldaten teil, und die als „Dutchba

52 Harryvan, et al. 1996 bemerken aber, dass der WEU-Integration auch weiterhin mit erheblicher Skepsis begegnet wird.

bezeichneten Verbände wurden im Frühjahr 1995 um weitere 1.100 Mann verstärkt. Erhebliche Beiträge leisteten die Niederlande auch zu den Aktivitäten von WEU und NATO auf dem Balkan zur Durchsetzung des Embargos gegen Restjugoslawien und des Flugverbotes. Insgesamt waren 18 F-16 (plus 6 weitere auf Stand-By), drei Fregatten und zwei Orion-Patrouillenflugzeuge im Einsatz (Honig 1994: 144). Die niederländischen Bodentruppen machten in Kroatien und Bosnien 15 Prozent der gesamten Truppenstärke aus; in Relation zur Bevölkerung war der niederländische Beitrag zum militärischen Engagement auf dem Balkan der stärkste der NATO-Länder (Honig 1994: 144f.).

Im Sommer 1995 führte die Katastrophe von Srebrenica<sup>53</sup> jedoch zu einer Ernüchterung, ja Traumatisierung der niederländischen Interventionspolitik. Eine niederländische Brigade kapitulierte damals vor den Truppen des bosnisch-serbischen Kommandeurs Mladić und lieferte diesen die sich in der UN-„Schutzzone“ aufhaltenden muslimischen Flüchtlinge aus, was den Massenmord an mindestens 8.000 bosnischen Muslimen zur Folge hatte.<sup>54</sup> Trotzdem beteiligten sich die Niederlande nach dem Abschluss des Dayton-Abkommens auch an den IFOR- und SFOR-Missionen, und zu Beginn des Jahres 2000 waren weltweit noch immer rund 3.000 niederländische Blauhelm-Soldaten in UN-Friedensoperationen aktiv.

Am Kosovokrieg beteiligte sich v.a. die niederländische Luftwaffe mit insgesamt 22 Flugzeugen – mehr als die Bundesrepublik Deutschland und nur unwesentlich weniger als Italien.<sup>55</sup> Auch zur nachfolgenden KFOR-Mission leisteten die Niederlande mit mehr als 2.000 Soldaten sowie mit einigen F-16-Kampfflugzeugen und KDC-10-Transportern einen bedeutenden Beitrag.<sup>56</sup>

In der Sicherheitspolitik waren für die Niederlande die **bilateralen Beziehungen** mit den USA, aber auch mit Großbritannien zentral (Voorhoeve 1979: 145-150). Mit Großbritannien richteten die Niederlande innerhalb der NATO gemeinsame Marineverbände ein. Seit den späten 60er Jahren wurden die niederländisch-amerikanischen Beziehungen dann jedoch, wie bereits oben vermerkt, zeitweise belastet, erst aufgrund des von niederländischer Seite mitunter kritisierten US-Engagements in Vietnam, seit den späten 70er Jahren dann im Zuge der Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses und der damit verbundenen Frage der Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen auf niederländischem Boden. Obwohl die niederländische NATO-Politik generell von großem Vertrauen in die amerikanische Führungsrolle innerhalb des Bündnisses geprägt war (Britton 1997), gab es bisweilen auch erhebliche Un-

<sup>53</sup> Der sogenannte „Srebrenica-Report“ führte im Frühjahr 2002 gar zum Rücktritt der Regierung Kok.

<sup>54</sup> Die Tragödie von Srebrenica und die unrühmliche Rolle des „Dutchbat“ ist ausführlich und umfassend dokumentiert in Honig und Both 1997.

<sup>55</sup> Quelle: [http://www.fas.org/man/dod-101/ops/kosovo\\_orbat.htm](http://www.fas.org/man/dod-101/ops/kosovo_orbat.htm) [7.3.2001].

<sup>56</sup> Quelle: [http://home.wanadoo.nl/tcc/Balkan/Kfor\\_forces.html](http://home.wanadoo.nl/tcc/Balkan/Kfor_forces.html).

zufriedenheit seitens der niederländischen Regierung wegen aus ihrer Sicht fehlender oder mangelhafter Konsultation mit den USA in sicherheitspolitischen Fragen (Wiebes und Zeeman 1990). Trotz aller Verstimmungen blieben die guten niederländisch-amerikanischen Beziehungen in der Sicherheitspolitik erhalten. Seit den 80er Jahren intensivierten die Niederlande aber auch ihre bilaterale Sicherheitskooperation mit den europäischen NATO-Staaten. So wurde Mitte der 90er Jahre das Deutsch-Niederländische Korps aufgebaut. Wie bereits oben deutlich wurde, waren die 90er Jahre insgesamt von einer zunehmenden Hinwendung der Niederlande zur Errichtung europäischer Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen gekennzeichnet.

### Die Niederlande in der GESVP

Entgegen ihrer grundsätzlich integrationsfreundlichen Haltung nahmen die Niederlande traditionell eine skeptische Haltung gegenüber Initiativen für eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein. Lediglich im Zusammenhang mit den aufbrechenden Konflikten im zerfallenden Jugoslawien 1991 kam es zu einer kurzfristigen Abweichung von dieser Linie, indem Den Haag zur Eindämmung und Überwindung dieser Konflikte die Idee einer EG-gestützten Intervention ins Spiel brachte. Dies blieb jedoch nur eine Episode; anschließend kehrten die Niederlande zu ihrer traditionellen Politik zurück. Sie unterstützten zwar nachhaltig die Einrichtung der GASP, bestanden aber darauf, dass mit ihr keinerlei militärische Komponenten und Kompetenzen verbunden sein dürften, schon gar nicht unabhängig von und auf Kosten der NATO.

In den 90er Jahren aber begann sich die Haltung Den Haags allmählich zu verändern.<sup>57</sup> Das Ende des Kalten Krieges führte zu einer umfassenden *policy review* durch den damaligen Außenminister van Mierlo, die zu dem Schluss kam, dass die niederländische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sich künftig stärker auf die europäischen Partnerländer der Niederlande ausrichten müsse (Soetendorp und de Wijk 2001: 83). Zwar kam es nach dem Offensichtlichwerden der sicherheitspolitischen Schwäche der EU im Zusammenhang mit dem Krieg in Bosnien zunächst zu einer neuerlichen „Atlantisierung“ der niederländischen Sicherheitspolitik (ebd.: 84), doch war man in Den Haag bald unzufrieden mit den eigenen Einflussmöglichkeiten auf die nach dem Dayton-Abkommen eingerichteten, NATO-gestützten Militärmission in Bosnien. Schon im selben Jahr hatte die Katastrophe von Srebrenica das traditionell hohe niederländische Vertrauen in die UN und die von ihnen verantworteten Friedensmissionen nachhaltig erschüttert. Nun führte die Nichtbeachtung der Niederlande bei der Einrichtung der Kontaktgruppe dazu, dass zum traditionellen niederländischen Misstrauen gegenüber den „großen“ EU-Mächten Frankreich und Deutschland, das für die niederländische Ablehnung jeglicher EU-gestützte

<sup>57</sup> Pijpers 1996 hat im Zusammenhang mit diesen Veränderungen vom „weakening pull o Atlanticism“ gesprochen. Soetendorp und de Wijk 2001: 89 bezeichnen die Modifikation der niederländischen Sicherheitspolitik gar als „paradigm shift“.

Verteidigungsstrukturen wenigstens mit ursächlich gewesen war, nun auch wachsendes Misstrauen gegenüber den traditionellen Hauptpartnern in der Sicherheitspolitik, Großbritannien und die USA, trat. Dieses Misstrauen wurde durch die absolute Dominanz der USA und die Mängel in der interalliierten Kommunikation und Koordination während der *Operation Allied Force* im Frühjahr 1999 noch verstärkt (Soetendorp und de Wijk 2001: 87). Hinzu kam nach dem französisch-britischen Durchbruch von Saint Malo Ende 1998, der der Konstruktion der GESVP einen entscheidenden Impuls gab, die Angst der niederländischen Regierung, bei Weiterverfolgung des traditionellen Kurses von den Entwicklungen überholt zu werden und dadurch außen vor zu bleiben (ebd.).

Die Folge war, dass die Niederlande nun ihre Position zumindest modifizierten, indem sie zwar weiterhin die Priorität der NATO gegenüber der GESVP betonten und sich für ein komplementäres Verhältnis zwischen diesen Sicherheitsinstitutionen einsetzten, letztere aber nun aktiv zu unterstützen begannen – bis hin zur Erklärung des Europäischen Rates beim Kölner Gipfel im Juni 1999, dass die EU mithilfe der GESVP auch zu autonomen Operationen in der Lage sein müsse. Schon zuvor, im Zusammenhang mit dem Vertrag von Amsterdam, hatte Den Haag den Widerstand gegen die Überführung der WEU ins EU-Institutionengefüge unter der Voraussetzung aufgegeben, dass die WEU als institutioneller Rahmen einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität gewissermaßen als europäischer Pfeiler des Atlantischen Bündnisses entwickelt werde (Soetendorp und de Wijk 2001: 85). Beim Gipfel von Nizza unterstützten die Niederlande schließlich auch die Einrichtung des Politischen- und Sicherheitsausschusses und des Militärausschusses, doch immerhin gelang es Premier Kok – ganz im Sinne der traditionell supranational ausgerichteten niederländischen Europapolitik – zumindest den Sicherheitsausschuss in die EU-Vertragsstruktur einzubinden (Soetendorp und de Wijk 2001: 90). Nach den weitreichenden Beschlüssen des Gipfels von Helsinki waren die Niederlande der erste Staat, der sich nicht nur rhetorisch, sondern auch durch die Bereitstellung militärischer und finanzieller Ressourcen für die GESVP einsetzte.<sup>58</sup> Bemerkenswert ist auch, dass die Niederlande im Bestreben, die europäischen Sicherheits- und Verteidigungsanstrengungen zum Erfolg zu führen, zu den ganz wenigen EU-Mitgliedstaaten gehören, die – mit Zustimmung des in Haushaltsfragen kompetenten Parlaments – ihren Verteidigungsetat in jüngster Zeit erhöht haben (Soetendorp und de Wijk 2001: 92).

<sup>58</sup> Die vom Haager Verteidigungsministerium 2001 projektierte niederländische Beteiligung an der Schnellen Eingreiftruppe im Rahmen der GESVP umfasst eine Brigade, eine „task group“ der Marine sowie drei Schwadronen von Kampfflugzeugen (Soetendorp und de Wijk 2001: 91; vgl. auch Teunissen, 2002: 82-84 sowie die Präsentation von Ben Soetendorp bei der 2. PAFE-Beiratstagung in Otzenhausen (zit. bei Bockle und Friedrich 2002: 22).

## Zusammenfassung

- Für einen „Kleinstaat“ betreiben die Niederlande eine sehr aktive Außenpolitik, wobei sie multilaterale Handlungszusammenhänge bevorzugen. In der Europapolitik sind die anderen Benelux-Länder, in der Sicherheitspolitik die USA wichtigste Partner. Neben der Europa- und der Sicherheitspolitik sind die Niederlande in den Bereichen Entwicklung und Menschenrechte sehr aktiv, insbesondere im Rahmen der UNO.
- In der EU haben die Niederlande häufig und über Jahrzehnte hinweg Initiativen für die Stärkung der Supranationalität ergriffen. Auch die niederländische „compliance“ in der EU kann insgesamt als sehr gut bewertet werden.
- Die Niederlande sind ein treuer Bündnispartner und leisten einen überproportionalen militärischen Beitrag zur NATO, aber auch zu UNO-Einsätzen. Nur gelegentlich blockierten sie die Umsetzung gemeinsamer Beschlüsse des Bündnisses. In den 90er Jahren schrumpfte der Widerstand gegen eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei gleichzeitigem Beharren auf atlantische Einbindung und NATO-Priorität in der Sicherheitspolitik.
- Im Mitteleinsatz setzt Den Haag auf Verhandlungslösungen, ist aber auch zum Einsatz erheblicher Mittel bereit. Allgemeine Skepsis besteht gegenüber militärischen Lösungen, militärische Maßnahmen sollen nur zur Verhinderung von Konflikteskalation eingesetzt werden. Wenn es aber zu einer solchen kommt, zeigt sich auch hier überproportionale Bereitschaft zum Einsatz eigener Ressourcen.
- Die niederländische Außenpolitik ist insgesamt von starker Kontinuität und nur gelegentlichen Irritationen (z. B. NATO-Doppelbeschluss, euroskeptische Welle nach dänischem Maastricht-Referendum) geprägt.

### Literatur zur niederländischen Außenpolitik

- Baehr, Peter R. (1996), *The Role of Human Rights in Foreign Policy*. London: Macmillan.
- Boekle, Henning (1995), Western States, the UN-Commission on Human Rights, and the '1235 Procedure': the 'Question of Bias' Revisited, in: *Netherlands Quarterly of Human Rights* 13.4, S. 367-402.
- Boekle, Henning und Tanja Friedrich (2002), *Foreign Policies in Europe: The Construction of a European Security and Defense Policy - National Approaches*. Conference Report of the 2nd Advisory Board Meeting (26-29 October 2001) in Otzenhausen: University of Trier.
- Bouderwijn Wels, Cornelis (1982), *Aloofness and Neutrality. Studies on Dutch Foreign Relations and Policy-Making Institutions*. Utrecht: HES Publishers.
- Breuning, M. (1995), Words and Deeds: Foreign Assistance Rhetoric and Policy Behaviour in the Netherlands, Belgium and the United Kingdom, in: *International Studies Quarterly* 39(2), S. 235ff.
- Britton, Rebecca (1997), Netherlands, in: Bruce W. Jentleson und Thomas G. Paterson (Hrsg.), *Encyclopedia of U.S. Foreign Relations*, Oxford, 3, S. 230-321.
- Coolsaet, Rik und Ben Soetendorp (2000), Belgium and the Netherlands, in: Ian Manners und Richard G. Whitman (Hrsg.), *The foreign policies of European Union Member States*, Manchester - New York: Manchester University Press, S. 128-143.
- Everts, Philip (1997), Pays-Bas: L'innocence perdue, in: Patrice Buffotot (Hrsg.), *La défense en Europe. Les adaptations de l'après-guerre froide*, Paris, S. 171-183.
- Garshagen, Oscar (1991), Irrungen und Wirrungen einer EG-Präsidentschaft, in: *EG-Magazin* 23 (12), S. 8-10.
- Gillies, David (1996), *Between Principle and Practice. Human Rights in North-South Relations*. Montreal u.a.: McGill-Queen's University Press.
- Harryvan, Anjo, Jan van der Harst und Hakan Wiberg (1996), The Netherlands. Dutch Regime Values and their Basic Sources, in: Hans Mouritzen, Ole Waever und Hakan Wiberg (Hrsg.), *European Integration and National*

*Adaptations: A theoretical Inquiry*, New York: Nova Science, Commeck, S. 101-127.

- Homann, Kees (2000), A Dutch Hope: Towards a Greater Coherence, in: Gianni Bonvicini, Tapani Vaahoranta und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *The Northern EU. National Views on the Emerging Security Dimension*, Helsinki: Kauhana, S. 183-193.
- Honig, Jan Willem (1994), *The Netherlands and Military Intervention*, in: Lawrence Freedman (Hrsg.), *Military Intervention in European Politics*, Oxford/Cambridge, MA: Blackwell, S.142-153.
- Honig, Jan Willem und Norbert Both (1997), *Srebrenica: Der größte Massenmord in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg*. München: Lichtenberg.
- Lepszy, Norbert (1999), Das politische System der Niederlande, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*, Opladen: Leske+Budrich, S. 331-364.
- Lijphart, Arend (1975), *The Politics of Accommodation. Pluralism and Democracy in the Netherlands*. Berkeley (CA): University of California Press.
- Peeters, Frans (1997), *Gezwoen vrienden. Het geheime bondsgenootschap tussen Nederland en Israel*. Amsterdam: Veen.
- Peters, Dirk (2001), *Making European Law Work: Why Member States (Fail to) Implement EC Directives*. Arbeitspapier, Universität Mainz, [http://www.politik.uni-mainz.de/~peters/implementation\\_dp.pdf](http://www.politik.uni-mainz.de/~peters/implementation_dp.pdf).
- Pijpers, Alfred (1983), The Netherlands: How to Keep the Spirit of Fouchet in the Bottle, in: Christopher Hill (Hrsg.), *National Foreign Policies and European Political Cooperation*, London: George & Allen Unwin, S. S.166-181.
- Pijpers, Alfred (1996), The Netherlands. The Weakening Pull of Atlanticism, in: Christopher Hill (Hrsg.), *The Actors in Europe's Foreign Policy*, London: Routledge, S. 247-267.
- Pijpers, Alfred (1996/97), Niederlande, in: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Bonn: Europ Union Verlag, S. 339-344.

- Pijpers, Alfred und Jan Rood (1997/98), *Niederlande*, in: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Bonn: Europa Union Verlag, S. 355-360.
- Reef, Johannes (1995), *Die Niederlande im internationalen System. Fallstudien zum Einfluß eines Kleinstaates*. Münster u.a.: Lit. Verl.
- Riemersma, Riemke A. (1989), *No European military integration: the Fouchet Plan*, in: Philip P. Everts und Guido Walraven (Hrsg.), *The Politics of Persuasion. Implementation of Foreign Policy by the Netherlands*, Aldershot: Avebury, S. 175-188.
- Riemersma, Riemke A. (1989b), *The international position of the Netherlands*, in: Philip Everts und Guido Wallraven (Hrsg.), *The Politics of Persuasion. Implementation of Foreign Policy by the Netherlands*, Aldershot u.a.: Avebury, S. 15-25.
- Soetendorp, Ben (1989), *The NATO 'double track' decision*, in: Philip P. Everts und Guido Walraven (Hrsg.), *The Politics of Persuasion. Implementation of Foreign Policy by the Netherlands*, Aldershot: Avebury, S. 149-160.
- Soetendorp, Ben (2000), *The Dutch perspective*, in: *Institutional Reforms of the EU - the IGC in Nice, German Foreign Policy in Dialogue (Newsletter)*, Vol. 1, No. 3, December 2000, (<http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/dtap/newsletter/archive/issue03.html#german>).
- Soetendorp, Ben und Kenneth Hanf (1998), *The Netherlands: Growing Doubts of a Loyal Member*, in: Kenneth Hanf und Ben Soetendorp (Hrsg.), *Adapting to European Integration. Small States and the European Union*, London, New York, S. 36-51.
- Tonra, Ben (2001), *The Europeanisation of National Foreign Policy. Dutch, Danish and Irish Foreign Policy in the European Union*. Aldershot: Ashgate.
- van Staden, Alfred (1985), *To deploy or not to deploy: the case of the cruise missiles*, in: Ph. P. Everts (Hrsg.), *Controversies at Home: Domestic Factors in the Foreign Policy of the Netherlands*, Dordrecht - Boston - Lancaster: Martinus Nijhoff, S. 133-156.
- van Staden, Alfred (1989), *Goals and objectives*, in: Philip Everts und Guido Wallraven (Hrsg.), *The politics of Persuasion. Implementation of Foreign Policy by the Netherlands*, Aldershot u.a.: Avebury, S. 26-38.

- Voorhoeve, Joris J.C. (1979), *Peace, Profits and Principles: A Study of Dutch Foreign Policy*. Dordrecht: Nijhoff.
- Wester, Robert (1992), *The Netherlands and European Political Union*, in: Finn Laursen und Sophie Vanhoonacker (Hrsg.), *The Intergovernmental Conference on Political Union. Institutional Reforms, New Policies and International Identity of the European Community*, Maastricht: European Institute of Public Administration, S. 163-176.
- Wiebes, Cees und Bert Zeeman (1990), *'I Don't Need Your Handkerchiefs': Holland's Experience of Crisis in Consultation in NATO*, in: *International Affairs* 66 (1), S. 91-113.
- Woyke, Wichard (1985), *Erfolg durch Integration - Die Europapolitik der Benelux-Staaten von 1947 bis 1969*. Bochum: Studienverlag Dr. N. Brockmeyer.
- Woyke, Wichard (1991/92), *Belgien, Niederlande, Luxemburg*, in: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Bonn: Europa Union Verlag, S. 300-309.
- Woyke, Wichard (1992/93), *Belgien, Niederlande, Luxemburg*, in: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Bonn: Europa Union Verlag, S. 291-298.
- Woyke, Wichard (1993/94), *Belgien, Niederlande, Luxemburg*, in: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Bonn: Europa Union Verlag, S. 297-304.
- Woyke, Wichard (1999), *Belgien, die Niederlande und Luxemburg*, in: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Bonn: Europa Union Verlag, S. 79-91.